

Birkenwerder ab 1257 erbaut

Archäologen fanden neue Hinweise

BIRKENWERDER ■ Die Gemeinde Birkenwerder ist rund 100 Jahre älter als bislang angenommen. Das ist das Ergebnis der archäologischen Ausgrabungen in der Havelstraße im Zuge von Kanalbauarbeiten des Zweckverbandes „Fließtal“.

Im Oktober vergangenen Jahres waren Archäologen zwischen Havel und Briese-mündung auf eine bislang unbekannte deutsche Siedlung aus dem Mittelalter gestoßen. Anhand der gefundenen Keramikfragmente konnten die freigelegten hölzernen Überreste zweier Keller zunächst grob auf das ausgehende 13. Jahrhundert datiert werden. Mit Hilfe der Jahresringe, die mit ihrer wechselnden Stärke einen eindeutig identifizierbaren Klima-Code bestimmter Zeiträume liefern, ermittelten Berliner Spezialisten das Fälldatum der als Baustoff verwendeten Bäume: 1257 beziehungsweise 1258. Erfahrungswerte lassen den Rückschluss zu, dass die Lehm-Fachwerkhäuser in den selben Jahren errichtet wurden, erläutert Gebietsarchäologe Jens Mey vom Landesdenkmalamt.

Wann die Häuser dann abbrannten, warum die günstige Lage auf der Landzunge aufgegeben und das Dorf um 1200 Meter verlegt wurde, dazu rei-

che die Anzahl der Befunde nicht aus, betont Jens Mey. „Um das 100-prozentig rekonstruieren zu können, sind die Ausgrabungsergebnisse zu ausschnitthaft.“ Inzwischen gebe es zwar einen Anwohner am Reihersteg, der von ähnlichen Überresten berichtete. Die Forscher können dennoch nur spekulieren über die Ortsgeschichte von Birkenwerder: Bei derart massiven Kellern „muss man von einer Siedlungskonstanz ausgehen“, formuliert es Jens Mey.

Die 650-Jahrfeier wird von den neuen Erkenntnissen jedoch nicht torpediert. Es wird das Jubiläum der urkundlichen Ersterwähnung gefeiert!

Den Zweckverband „Fließtal“ drücken als Bauherren derweil die Kosten für die aufschlussreichen Untersuchungen. Die Summe für die baubegleitenden Arbeiten der Archäologen sei allein in Birkenwerder bereits auf 35 000 Euro angewachsen, sagte Verbandsgeschäftsführer Günter Heidrich. In Summe kämen weitere 15 000 Euro hinzu. Laut Heidrich eine „unangenehme Überraschung“. Die vom Landesamt zugesagte Förderung belaufe sich auf 3000 Euro. Auf die Gebührenhöhe würden sich die Zusatzkosten aber nicht auswirken, versichert Heidrich. ht